

N i e d e r s c h r i f t

über die 22. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 04.07.2012
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 17:02 Uhr
Ende: 21:21 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Karl-Heinz Göbel
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Frau Gabriele Hackel
Herr Karl König
Herr Bruno Kosmala
Herr Reinhard Ockel
Herr Harald Schlee
Herr Markus Schneider
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion PETO

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel
Herr Karsten Köchling
Frau Jana Lang
Frau Janne Oberdieck
Herr Andreas Piana
Frau Lisa Riedel
Herr Max Riedel
Herr Lucas Risse
Herr Michael Strauss
Herr Jens Timmermann
Herr Sven Timmermann

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Alaattin Bayrak
Herr Werner Goller
Herr Roland Gunia
Herr Thomas Heinen

Herr Helmut Nieswand
Frau Ursula Schlöber
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell
Frau Andrea Stamm
Herr Dr. Norbert Stapper

Mitglieder der FDP-Fraktion

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

anwesend bis einschließlich TOP ö 18 (bis 20.00
Uhr)

Frau Dr. Doris Schröder-Weber

anwesend bis einschließlich TOP ö 18 (bis 20.00
Uhr)

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

parteilos

Frau Lilo Friedrich

Rechnungsprüfung

Herr Harald Beier

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Herr Peter Heimann
Herr Max Herrmann
Herr Kurt Hundenborn
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Dietmar Marx
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost
Herr Thomas Waters

nur im öffentlichen Teil anwesend

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Tim Brühland

Mitglieder der SPD-Fraktion

Frau Petra Arend-Karl

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
 2. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0966
 3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
 4. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW, "Anregung: Umwidmung der Deichstraße in eine Durchgangsstraße" VIII/0918/1
 5. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW "Tagespflegeangelegenheit" VIII/0969
 6. Änderung der Satzung des Jugendamtes VIII/0917
 7. Fortführung des Rückführungsmanagements in Monheim am Rhein VIII/0945
 8. Entwicklungs- und Bildungsförderung von Kindern im Berliner Viertel Monheim am Rhein VIII/0959
 9. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Betriebskindergarten "Die Sprösslinge" VIII/0879/1
- Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner - 2. Unterbrechung
10. Schulraumoptimierung im Stadtteil Baumberg VIII/0936
- Anbau eines Klassentraktes an der Armin-Maiwald-Schule
 11. Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Monheim am Rhein VIII/0957
 12. Bebauungsplan Nr. 3 B 5. Änderung "Berghausener Straße/Geschwister-Scholl-Straße" VIII/0948
- Behandlung der eingegangenen Anregungen
- Satzungsbeschluss
 13. 54. Änderung des Flächennutzungsplanes "Am Waldbeerenberg" VIII/0864
- Aufstellungsbeschluss
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
 14. Bebauungsplan Nr. 63 B "Am Waldbeerenberg" VIII/0863
- Aufstellungsbeschluss
- Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit
- Anordnung eines Umlegungsverfahrens

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 15. | Revitalisierungsprogramm "Historische Altstadt", Besetzung des Gestaltungsbeirates | VIII/0912 |
| 16. | Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 00.05.01 (Rechtsberatung) | VIII/0956 |
| 17. | 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung 2012 | VIII/0946/1 |
| 18. | Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 06.06.2012 "Entleihung der Ausstellung 'Klimawerkstatt - Umweltexperimente für Zukunftsforscher'" | VIII/0964 |
| 19. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Juni 2012- Erstellung eines Inklusionsplanes/Schaffung Koordinationsstelle Inklusion | VIII/0965 |
| 20. | Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Kostenlose Nutzung der Bibliothek für Kinder und Jugendliche | VIII/0967 |
| 21. | Mündliche Mitteilungen | |
| 21.1. | Beantwortung einer Anfrage aus dem Haupt- und Finanzausschuss in Bezug auf die Online-Bürgerbeteiligung | |
| 21.2. | Mitteilung zum Antrag der CDU-Fraktion zur Müllproblematik am Rheinufer in Monheim | |
| 22. | Mündliche Anfragen | |
| 22.1. | Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - zu Presseartikeln in Bezug auf die Hochschule für Unternehmensführung (HFU) | |
| 22.2. | Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Information für Anwohner der Straße Schellberg" | |
| 22.3. | Anfrage von Ratsfrau Friedrich - parteilos - "Verbleib der alten Uhr am Busbahnhof" | |
| 22.4. | Anfrage von Ratsfrau Oberdieck - PETO - "Fehlende Straßenmarkierungen nach Fahrbahndeckensanierungen" | |
| 22.5. | Anfrage von Ratsherrn Bosbach - CDU - " Planänderungsverfahren zur CO-Pipeline" | |
| 22.6. | Anfrage von Ratsherrn Kenzler - Linke - "Elektronische Fahrausweisleser bei den Bussen der Bahnen der Stadt Monheim" | |

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die 22. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass sich die Ratsmitglieder Frau Petra Arend-Karl - SPD -, Herr Tim Brühland - CDU - und Herr Ulrich Anhut - FDP - entschuldigt haben.

Anschließend weist der Bürgermeister auf die Erweiterung der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil hin. Die Vorlage VIII/0970 „Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung – Darlehensangelegenheit“ wurde mit Schreiben vom 29.06.2012 in die Postfächer nachgereicht.

Mit gleichem Schreiben wurden Unterlagen nachgereicht, die nicht mit der Einladung versandt wurden:

zu TOP ö 11, Vorlage VIII/0957, „Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Monheim am Rhein“ – hier: Stellungnahme des Landrates zum Brandschutzbedarfsplan und

zu TOP ö 20, Vorlage VIII/0967, „Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Kostenlose Nutzung der Bibliothek für Kinder und Jugendliche“.

Weiterhin weist der Bürgermeister auf vor der Sitzung an die Plätze verteilte Unterlagen hin:

Antrag der CDU-Fraktion zur Müllproblematik am Rheinufer in Monheim vom 27.06.2012, zu dem bei Tagesordnungspunkt „Mündliche Mittelungen“ berichtet werden soll

und

schriftliche Beantwortung von mündlichen Anfragen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Rat der Stadt Monheim am Rhein vom 30.05.2012 zur „Eilzuständigkeit für Grünschnittarbeiten im Bereich von Querungshilfen“.

Die Niederschrift der letzten Ratssitzung werde in der nächsten Sitzung des Rates zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Gegen die Tagesordnung mit der Erweiterung im nichtöffentlichen Teil und den weiteren ergänzenden Hinweisen durch den Bürgermeister ergeben sich keine Bedenken.

2 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen Vorlage: VIII/0966

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Bergmann, Schlegelstraße 54, äußert sich zu der geplanten Erweiterung der Armin-Maiwald-Schule. Sie befürchtet ein Anwachsen des Lärmpegels nach der Ausbaumaßnahme. Bereits heute sei sie durch den Lärm stark belästigt. Sie regt an, den Schulerweiterungsbau so an das bestehende Schulgebäude anzubauen, dass mit diesem ein „automatischer“ Lärmschutz gegenüber der Spielfläche des Schulhofes erzeugt werde. Falls das nicht möglich sei, solle geprüft werden, eine Lärmschutzwand zu der bestehenden Wohnbebauung zu errichten. Sie wünscht, dass die Anwohner bei der Planung der Umgestaltung des Schulhofgeländes beteiligt werden.

Auf die vorgetragenen Anregungen und die Beschwerden der Einwohnerin antwortet der Bürgermeister, dass die Lage des Anbau so gewählt worden sei, um die beste innerhäusige Anbindung an die bestehenden Schultrakte und eine möglichst große zusammenhängende Schulhoffläche in dem entstehenden Innenhof zu erhalten. Es sei nicht zu erwarten, dass sich durch den geplanten Erweiterungsbau die Nutzung des bisherigen Schulhofgeländes ändere. Lärmschutzmaßnahmen in Form einer Lärmschutzwand seien nicht vorgesehen. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass in den in der Verwaltungsvorlage genannten Kosten von 1,7 Mio. Euro keine Kosten für die Schulhofumgestaltung vorgesehen seien.

Frau Bergmann fordert vehement die Berücksichtigung ausreichenden Lärmschutzes ein. Sie weist ergänzend auf die geplante Änderung des Grünzugs von der Geschwister-Scholl-Straße zur Humboldtstraße hin. Der dort entstehende neue Spielplatz mit einem BMX-Parcours würde ebenfalls viel Lärm verursachen. Entgegen der Lärmbelästigung durch den Schulbetrieb wochentags sei dieser Lärm dann außerdem noch am Wochenende zu erwarten. Sie ist der Auffassung, dass ihre Belange als Anwohner mehr berücksichtigt werden müssten. Dazu entgegnet der Bürgermeister, dass das Lärmgutachten, welches zu der Errichtung einer BMX-Bahn erstellt wurde, zu dem Ergebnis führte, dass keine Lärmschutzmaßnahmen erforderlich seien. Der Bürgermeister sagt Frau Bergmann zu, sich die geschilderte Situation vor Ort anzusehen und mit ihr Kontakt aufzunehmen.

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW, "Anregung: Umwidmung der Deichstraße in eine Durchgangsstraße" Vorlage: VIII/0918/1

Im Rahmen der Erläuterungen der Vorlage hält der Bürgermeister fest, dass im Falle einer zukünftigen grundhaften Sanierung der Deichstraße, was zurzeit nicht geplant sei und im Moment auch nicht erforderlich erscheine, die Straße ohnehin in ihrer Verkehrsbelastung und Nutzung genauer untersucht werden müsse.

Beschluss

Die Anregung, die Deichstraße in eine Durchgangsstraße umzuwidmen, wird abgelehnt.

einstimmig zugestimmt

**5 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW "Tagespflegeangelegenheit"
Vorlage: VIII/0969**

Der Bürgermeister erläutert eingehend die Verwaltungsvorlage und berichtet aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er weist darauf hin, dass derzeit bei allen Tagespflegepersonen Überprüfungen angestellt würden, ob bei deren Altersversorgung zusätzlich weitere Zahlungen bis zur hälftigen Höhe der nachgewiesenen Beträge zu ergänzen seien. Die Beschwerde könne in dieser Hinsicht als erledigt betrachtet werden.

Bezüglich der weiteren Beschwerdegründe, die sich gegen die Inhalte der Richtlinien zur Durchführung der Kindertagespflege richtet, führt der Bürgermeister aus, dass die Verwaltung die bestehenden Richtlinien nach wie vor für erforderlich halte. Leider seien jedoch nicht alle Bestandteile der Richtlinie, insbesondere die vorgesehene schriftliche Vereinbarung mit den Tagespflegepersonen durchsetzbar. Deshalb würde derzeit eine geänderte Fassung erarbeitet, um die Inhalte der Richtlinie in juristisch einwandfreier Art und Weise umsetzen zu können.

In seiner weiteren Stellungnahme weist der Bürgermeister den Vorwurf zurück, die Stadt Monheim am Rhein beabsichtige die Tagespflegeplätze auf 50 zu begrenzen und den Eltern nur unzureichende Wahlmöglichkeiten zwischen Kindertagespflege und Unterbringung in Kitas zu lassen. In der durch den Rat beschlossenen Kita-Ausbauplanung sei für das Kita-Jahr 2013/2014 ein Platzkontingent für U3 in der Tagespflege von 89 vorgesehen. Ein Anspruch der Tagespflegepersonen auf Zuweisung von Kindern bestehe allerdings nicht. Im Übrigen verweist der Bürgermeister auf die ausführliche schriftliche Stellungnahme der Verwaltung.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion nimmt Bezug auf eine weitere E-Mail der Beschwerdeführerin, die auch den Fraktionen zur Kenntnis vorliegt. Sie bittet die Verwaltung, die in der E-Mail aufgeworfenen Bemerkungen hinsichtlich der Vertragsverhältnisse zwischen den selbständig tätigen Tagespflegepersonen und Erziehungsberechtigten in Bezug auf die Richtlinie der Stadt Monheim am Rhein zu bewerten und über das Ergebnis im Jugendhilfeausschuss zu informieren. Der Bürgermeister sagt entsprechende Informationen im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Richtlinien zu.

Beschluss

1. Der Rat nimmt die als Anlage beigefügte Beschwerde und Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung sowie die hierauf bezogene Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die Beschwerde wird hinsichtlich der Erstattung von Altersvorsorgebeiträgen als erledigt betrachtet und im Übrigen zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

36 Ja-Stimmen: 12 PETO, 11 CDU, 7 SPD, 2 FDP, 1 Bündnis90/Die Grüne,
1 Frau Friedrich , 1 Linke, 1 BM

2 Enthaltungen: Bündnis90/Die Grüne

mehrheitlich zugestimmt

**6 Änderung der Satzung des Jugendamtes
Vorlage: VIII/0917**

Beschluss

Der Rat beschließt die „*Satzung für das Jugendamt der Stadt Monheim am Rhein*“ in der als Anlage vorgelegten Fassung. Die Anlage (Entwurf der Satzung) ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**7 Fortführung des Rückführungsmanagements in Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0945**

Beschluss

1. Das im Bereich Kinder, Jugend & Familie 2010 für zwei Jahre probeweise eingeführte Rückführungsmanagement wird unbefristet fortgeführt.
2. Der Stellenplan 2013 ff. ist entsprechend anzupassen.

einstimmig zugestimmt

**8 Entwicklungs- und Bildungsförderung von Kindern im Berliner Viertel
Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0959**

Sowohl eine Sprecherin der PETO-Fraktion als auch ein Sprecher der SPD-Fraktion begrüßen die Umsetzung des gemeinsamen Antrages aus den Haushaltsplanberatungen, aufgrund dessen das Konzept zur Entwicklungs- und Bildungsförderung entwickelt wurde.

Beschluss

Der Rat beschließt das von der Verwaltung vorgelegte Konzept zur Entwicklungs- und Bildungsförderung von Kindern im Berliner Viertel Monheim am Rhein und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung zum Kitajahr 2012/2013.

einstimmig zugestimmt

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Betriebskindergarten "Die Sprösslinge"

Vorlage: VIII/0879/1

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt und verweist auf die Beratung zu dem Ratsbeschluss vom 28. März diesen Jahres. Er erklärt, dass die angestrebte öffentlich-rechtliche Vereinbarung nicht zustande gekommen sei. Die im alten Kindergartenengesetz GTK enthaltene Regelung hinsichtlich der Förderung von Betriebskindergärten sei im neuen KIBIZ nicht mehr enthalten, so dass der finanzielle Anteil für wohnortfremde Kinder in den Kindergartenbedarfsplan mit städtischen Mitteln zu finanzieren sei. Dies liege im Ermessen der Gemeinde. Die Verwaltung wolle das Ermessen ausüben und schlage deshalb vor, den Betriebskindergarten in der Bedarfsplanung zu belassen, weil damit auch eine innovative Form der Wirtschaftsförderung betrieben werden könne, mit der sich die Stadt Monheim am Rhein von anderen Kommunen unterscheiden könne.

Im anschließenden Verlauf der heftig und kontrovers geführten Diskussion machen die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen ihre unterschiedliche Auffassung zu dem Thema deutlich.

Die CDU-Fraktion ist strikt gegen die Beibehaltung des Betriebskindergartens in der Bedarfsplanung, zumal der Beschluss zur Kindergartenbedarfsplanung unter dem Vorbehalt des Abschlusses einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gefasst worden sei, was zur Folge gehabt hätte, dass der Stadt keine Kosten entstehen würden. Diese Grundlage sei entfallen. Die betreffende Firma profitiere bereits durch die Hebesatzsenkung bei der Gewerbesteuer. Dass die Firma auf Kosten der Stadt mit einem Betriebskindergarten werbe, wolle man nicht unterstützen. Die Notwendigkeit von U3-Plätzen sei für Monheimer Kinder gegeben. Deshalb sollten die Mittel für den weiteren Ausbau städtischer U3-Plätze aufgewendet werden. Wolle man Wirtschaftsförderung betreiben, solle man die Mittel für die Aquirierung neuer Betriebe einsetzen, anstelle bestehende Firmen über diesen Umweg zusätzlich zu fördern. Die CDU-Fraktion stelle deshalb den Antrag, den Betriebskindergarten „Die Sprösslinge“ aus der Kindergartenbedarfsplanung für das Jahr 2012/2013 heraus zu nehmen.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von PETO und FDP erklären sich mit dem Vorschlag der Verwaltung, den Betriebskindergarten in der Bedarfsplanung zu belassen, einverstanden, weil damit ein positives Signal, speziell im Hinblick auf die gesamtgesellschaftliche Verpflichtung der Förderung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesetzt werde. Auch werde der Wirtschaftsförderungsaspekt gesehen und unterstützt. Dieser Aspekt habe eine positive Signalwirkung für Firmen, die sich in Zukunft für den Standort Monheim interessieren könnten. Keine der bestehenden Kindertagesstätten erhalte wegen der Beibehaltung des Betriebskindergartens im Bedarfsplan weniger Zuschussmittel. Die Zahl der Monheimer Kinder, die in auswärtigen Kindergärten betreut werden, sei im Übrigen genauso groß wie die Zahl auswärtiger Kinder, die Kindertagesstätten in Monheim am Rhein besuchen. Der durch die geplante Art und Weise der Förderung von Betriebskindergärten zu erzielende Standortvorteil im Hinblick auf die Wirtschaftsförderung dürfe nicht außer Acht gelassen werden. Man werde den Antrag der CDU-Fraktion ablehnen.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion erklärt, dass auch ihre Fraktion keine Änderung des beschlossenen Kindergartenbedarfsplanes anstrebe. Sie werde die Ausführungen der Verwaltung, wie vorgesehen, heute nur zur Kenntnis nehmen. Sie äußert Bedenken wegen der angedachten Art und Weise der Unternehmensförderung und der Signalwirkung auf andere Firmen, ohne Kenntnis davon zu haben, welche finanziellen Auswirkungen das nach sich ziehen würde. Zu ihrer Nachfrage zu Ausführungen des Bürgermeisters in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses, erklärt dieser, dass er Ausblicke und Ideen für denkbare zukünftige Unternehmensansiedlungen gegeben habe. Unter Hinweis auf mögliche Gewerbesteuerhebesatzsenkungen benachbarter Gemeinden im Kreis Mettmann in den nächsten Jahren sei es für ihn vorstellbar, dass die Stadt Monheim am Rhein den Unternehmen ein Servicepaket anbieten könne, welches anstelle ggf. weiterer Hebesatzsenkungen noch weitere Anreize biete, wie z.B. Verbesserung der Infrastruktur oder Förderung von neuen Betriebskindergärten. Diese Angebote stünden jedoch selbstverständlich unter dem Vorbehalt entsprechender Ratsbeschlüsse.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen nimmt Bezug auf den Beschluss zur Kindergartenbedarfsplanung. Dadurch dass der öffentlich-rechtliche Vertrag nicht abgeschlossen worden sei, sei die Grundlage für den Beschluss entfallen. Auch sei ihre Fraktion nicht der Auffassung, dass die Firma Cropscience der Wirtschaftsförderung bedürfe. Man halte die Vermischung von Kindergartenbedarfsplanung und Wirtschaftsförderung nicht für zuträglich. Grundsätzlich würden die Aktivitäten der Firma Bayer AG im Hinblick der Einrichtung eines Betriebskindergartens als positiv angesehen, doch sollte dieser erst dann in die städtische Bedarfsplanung aufgenommen werden, wenn dort auch andere Kinder aufgenommen werden würden. Wegen der vorgenannten Gründe werde man sich dem Antrag der CDU-Fraktion, den Betriebskindergarten „Die Sprösslinge“ aus der Kindergartenbedarfsplanung heraus zu nehmen, anschließen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bezieht sich im Laufe der Diskussion auf eine Absprache im interfraktionellen Gespräch und gibt zu Protokoll, dass der Name der Firma erstmals nicht von ihm genannt worden sei.

Frau Friedrich lehnt die Beibehaltung der Kindergartenbedarfsplanung ebenfalls ab. Hervorragende Wirtschaftsförderung sei bereits mit der Hebesatzsenkung zur Gewerbesteuer erzielt worden. Bei der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise kämen die Fördergelder nicht Monheimer Kindern zu gute, deshalb werde sie dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Ratsherr Dr. Stapper - Bündnis90/Die Grünen - meldet sich mit dem Geschäftsordnungsantrag „Ende der Debatte“ zu Wort.

Der Bürgermeister stellt fest, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen und sich der Geschäftsordnungsantrag damit erledigt habe. Eine Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag erübrige sich dadurch.

Anschließend formuliert der Bürgermeister den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion wie folgt und stellt diesen zur Abstimmung.

„Der Beschluss des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 28.03.2012 „Kindergartenbedarfsplanung und Ausbau 2012/2013“ wird hinsichtlich der Aufnahme der Betriebskindertagesstätte „Die Sprösslinge“ in Trägerschaft der educare Bildungskindertagesstätten (Ziffer I) wegen veränderter Planungsgrundlagen aufgehoben. Die Festsetzung der Kindergartenbedarfsplanung 2012/2013 (Ziffer III) wird entsprechend angepasst.“

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen: 11 CDU, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 Frau Friedrich, 1 Linke

22 Nein-Stimmen 12 PETO, 7 SPD, 2 FDP, 1 BM

mehrheitlich abgelehnt

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner - 2. Unterbrechung

Herr Bossmann, Wolfhagener Straße 20, fragt nach, warum bei der jetzt vorgelegten Planung im Bebauungsplangebiet „Am Waldbeerenberg“ mehr Wohneinheiten ausgewiesen würden als in der ursprünglich vorgelegten Planung vorgesehen waren und das Plangebiet vergrößert worden sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass der jetzt vorgelegte Planentwurf in Umfang und Größe der ursprünglichen Südvariante entspreche und nicht vergrößert worden sei. Er weist auf seine eingehenden Erläuterungen anlässlich der Ortsbesichtigung am vergangenen Sonntag hin, an der auch Herr Bossmann teilgenommen habe. Dass die Planung nicht weiter nach Norden verschoben wurde, hänge mit den Grenzen des allgemeinen Siedlungsbereiches in der Regionalplanung zusammen. Diese Grenze gebe vor, wie weit die Bebauung der Gemeinde in den Landschaftsraum wachsen darf. Die Untere Landschaftsbehörde des Kreises Mettmann habe eine Verschiebung des Sportplatzes weiter in nördliche Richtung nicht zugestimmt. Das nördliche Plangebiet müsse als Freiraum erhalten bleiben.

**10 Schulrauroptimierung im Stadtteil Baumberg
- Anbau eines Klassentraktes an der Armin-Maiwald-Schule
Vorlage: VIII/0936**

Zu der Anfrage der Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, ob zwischenzeitlich mit den Planungen für ein Nutzungskonzept begonnen worden sei, ob bereits ein Zeitplan bekannt sei und ob daran festgehalten werde, die Nutzer an der Konzepterstellung zu beteiligen, antwortet der Bürgermeister, dass derzeit noch keine Vorstellungen über die Art und Weise der Durchführung entwickelt worden sei. Den Schülern der Armin-Maiwald-Schule sei aber in der Kindersprechstunde „Hallo Bürgermeister“ versprochen worden, an der Gestaltung des Schulhofgeländes beteiligt zu werden. Sobald ein Gestaltungskonzept für den Schulhof vorliege, werde dieses im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport vorgestellt.

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, an der Armin-Maiwald-Schule den im Planungskonzept vorliegenden Anbau eines Klassentraktes auszuschreiben und bis Ende Dezember 2013 zu realisieren.
2. Für den Anbau werden – im Rahmen eines Nachtragshaushaltes – Haushaltsmittel in Höhe von 1,7 Mio. € im Teilfinanzplan B – Bereich 71 bereit gestellt.

einstimmig zugestimmt

11 Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Monheim am Rhein Vorlage: VIII/0957

Der Bürgermeister weist auf die Stellungnahme des Landrates zum Brandschutzbedarfsplan hin, die den Ratsmitgliedern mit Schreiben vom 29.06.2012 nachgeschickt wurde. Die dort getroffenen Anmerkungen würden in den Brandschutzbedarfsplan eingearbeitet bzw. bei der Umsetzung Berücksichtigung finden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion dem vorgelegten Brandschutzbedarfsplan mit den zugesagten zusätzlichen Stellen, die im Stellenplan 2013 ausgewiesen werden sollen und dem Gebäudeausbau, für den Haushaltsmittel im Nachtragshaushalt 2012 bereitgestellt werden, zustimmen werde.

Der Bitte um eine zügige Umsetzung der Maßnahmen will der Bürgermeister nachkommen.

Beschluss

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die vorliegende Fassung der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans, vom 17.04.2012.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Einhaltung des beschlossenen Schutzziels beschriebenen Maßnahmen zeitnah umzusetzen.
3. Die Verwaltung berichtet in regelmäßigen Abständen über den Stand der eingeleiteten Maßnahmen und beteiligt die städtischen Gremien, sofern weitere Gremienbeschlüsse zum Haushalt, Stellenplan oder Maßnahmen mit ähnlichen Auswirkungen erforderlich werden.

einstimmig zugestimmt

12 Bebauungsplan Nr. 3 B 5. Änderung "Berghausener Straße/Geschwister-Scholl-Straße" - Behandlung der eingegangenen Anregungen - Satzungsbeschluss Vorlage: VIII/0948

Beschluss

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung wurden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen Nr. 05 zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 3 B 5. Änd. „Berghausener Straße/Geschwister-Scholl-Straße“ wird gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.

einstimmig zugestimmt

Die Sitzung wird um 18.45 Uhr für eine Pause bis 19.06 Uhr unterbrochen.

Vor Eintritt in die Beratung zu den Tagesordnungspunkten ö 13 „54. Änderung des Flächennutzungsplanes „Am Waldbeerenberg““ und ö 14 „Bebauungsplan Nr. 63 B „Am Waldbeerenberg““ meldet das Ratsmitglied Markus Gronauer - CDU - Ausschließungsgründe an, da sich Grundbesitz seiner Eltern in dem Plangebiet befinde. Er nimmt im Zuschauerraum Platz.

13 54. Änderung des Flächennutzungsplanes "Am Waldbeerenberg"

- Aufstellungsbeschluss

- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Vorlage: VIII/0864

Unter Hinweis auf den Ratsbeschluss zum Sportstättenkonzept, wonach die Bezirkssportanlage in Baumberg verlagert werden sollte, erläutert der Bürgermeister eingehend die Verwaltungsvorlage. Er geht besonders auf den im Regionalplan der Bezirksregierung Düsseldorf als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ ausgewiesenen Planbereich ein. Dass die Schaffung von Wohnbaufläche, u.a. wegen der Ansiedlung der Firma Ecolab und dem damit verbundenem Zuzug von Mitarbeitern unabdingbar sei, verstehe sich von selbst. Dies besonders vor dem Hintergrund vermehrt ausgewiesener Wohnbauflächen in Langenfeld in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stadtgrenze Monheims. Anschließend erklärt der Bürgermeister sehr ausführlich die Verfahrensschritte zu den Planverfahren, für die heute die Aufstellungsbeschlüsse gefasst werden sollen.

Sprecher der CDU-Fraktion weisen darauf hin, dass ihre Fraktion den Aufstellungsbeschlüssen in der vorgelegten Fassung auf keinen Fall zustimmen werde, weil man sich in den vergangenen Debatten immer gegen die Ausweisung von Sportplatzgelände in diesem Bereich ausgesprochen habe. Es werde ein Antrag auf Änderung des Beschlussvorschlages gestellt.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass bei dem geplanten Sportplatz, der mit einem Kunstrasenplatz und einer Laufbahn ausgestattet werden soll und deshalb nicht für technische Disziplinen in der Leichtathletik geeignet sei. Er fragt an, ob in dem Plangebiet ausreichend Flächen zur Verfügung stünden, um die Möglichkeit zur Schaffung von Anlagen zur Ausübung technischer Disziplinen

zu haben. Der Bürgermeister teilt mit, dass diese Möglichkeit in der vorgelegten Planung nicht vorgesehen sei. Die Gespräche mit den Sportvereinen über die konkrete Ausgestaltung der Sportplatzfläche stünden noch aus.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen werde.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellt fest, dass seine Fraktion aus bekannten Gründen dem Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes nicht zustimmen werde. So werde u.a. die Lage des Sportplatzes als auch die ausgewiesene Wohnbaufläche in der Nähe zur geplanten CO-Pipeline als negativ betrachtet.

Anschließend erklärt die Sprecherin der FDP-Fraktion, dass ihre Fraktion dem Verwaltungsvorschlag ebenfalls nicht folgen werde. Sie befürworte sehr wohl die Ausweisung von Wohnbaufläche in diesem Gebiet, allerdings nicht die Ausweisung von Sportgelände an diesem Standort.

Der Sprecher der PETO-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, wird der Antrag der CDU-Fraktion wie folgt formuliert:

Änderung bei Spiegelstrich 1 des Beschlussvorschlages -

„Satz 1 unverändert. Streichung des letzten Halbsatzes in Satz 2 „...sowie die Verlagerung des Sportplatzes „Bregrenzer Straße“ in das Plangebiet.“

Einfügung folgenden Satzes nach Satz 2: „Eine Verlagerung des Sportplatzes ist nicht vorgesehen.“

Die weiteren Formulierungen der Verwaltungsvorlage bleiben unverändert.“

Abstimmungsergebnis über den Antrag der CDU-Fraktion:

13 Ja-Stimmen: 10 CDU, 2 FDP, 1 Frau Friedrich

21 Nein-Stimmen: 12 PETO, 7 SPD, 1 Linke, 1 BM

3 Enthaltungen: Bündnis90/Die Grüne

1 Befangen: CDU

mehrheitlich abgelehnt

Hinweis der Verwaltung auf eine redaktionelle Änderung im Beschlussvorschlag: anstelle von „Baumberg-Ost“ muss es heißen „Am Waldbeerenberg“.

Beschluss

- Die Aufstellung der 54. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) „Am Waldbeerenberg“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel der Flächennutzungsplanänderung ist die Schaffung von Wohnbaufläche sowie die Verlagerung des Sportplatzes „Bregrenzer Straße“ in das Plangebiet. Der räumliche Geltungsbereich der 54. Änderung FNP ergibt sich aus dem als Anlage 01 beigefügten Lageplan, der Bestand-

- teil dieses Beschlusses ist.
- Auf Grundlage des vorgestellten Planentwurfes wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Abstimmungsergebnis über den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

20 Ja-Stimmen: 12 PETO, 7 SPD, 1 BM
17 Nein-Stimmen: 10 CDU, 3 Bündnis90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Frau Friedrich,
1 Linke
1 Befangen: CDU

mehrheitlich zugestimmt

14 Bebauungsplan Nr. 63 B "Am Waldbeerenberg"

- **Aufstellungsbeschluss**
 - **Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit**
 - **Anordnung eines Umlegungsverfahrens**
- Vorlage: VIII/0863**

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage und gibt eingehende Erklärungen speziell zum Umlegungsverfahren.

Der Sprecher der SPD-Fraktion führt aus, dass man sich prinzipiell für den Aufstellungsbeschluss ausspreche. Allerdings seien in den vorgestellten Varianten die Kriterien, die bei Punkt 3.5 der Vorlage „Zielkonzept 2020“ aufgeführt seien, nicht erfüllt. Dazu antwortet der Bürgermeister, dass es im Laufe des Planverfahrens sicher noch zu Änderungen bzw. der Vorstellung einer Variante C kommen werde.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass, wie bereits der Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes, auch der Bebauungsplan von seiner Fraktion abgelehnt werde. Keine der vorgestellten Varianten sei optimal und die ausschließliche Ausweisung von Einfamilienhausbebauung sei nicht zu befürworten. Eine hochwertige flächensparende Mehrfamilienhausbebauung sei durchaus zu überdenken.

Beschluss

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 63B „Am Waldbeerenberg“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel des Bebauungsplanes ist die Schaffung von Wohnbaufläche sowie die Verlagerung des Sportplatzes „Bregrenzer Straße“ in das Plangebiet. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 63B ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
2. Auf Grundlage der vorgestellten Planungsentwürfe wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
3. Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 63B „Am Waldbeerenberg“ wird ein Umlegungsverfahren gemäß § 46 BauGB angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen: 12 PETO, 7 SPD, 1 BM
17 Nein-Stimmen: 10 CDU, 3 Bündnis90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Frau Friedrich,
1 Linke
1 Befangen: CDU

mehrheitlich zugestimmt

Ratsherr Gronauer nimmt wieder seinen Platz ein.

**15 Revitalisierungsprogramm "Historische Altstadt", Besetzung des Gestaltungsbeirates
Vorlage: VIII/0912**

Beschluss

1.

Der Rat beschließt die Besetzung des Gestaltungsbeirates mit folgenden Personen:

- Frau Architektin Viola Jäck
- Herr Professor em. Dieter Prinz
- Herr Architekt Heinrich Böll
- Herr Professor Paul Böhm
- Herr Architekt Oliver Buddenberg.

2.

Der Rat beschließt die Einrichtung der Geschäftsstelle des Gestaltungsbeirates bei der Unteren Denkmalbehörde. Leiter der Geschäftsstelle wird Herr Oberbaurat Michael Kraus.

3.

Die Geschäftsstelle des Gestaltungsbeirates organisiert die konstituierende Sitzung des Gestaltungsbeirates zeitnah nach Beschluss unter Abstimmung mit den Beiratsmitgliedern.

Abstimmungsergebnis:

36 Ja-Stimmen: 12 PETO, 11 CDU, 7 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen,
1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM
2 Enthaltungen: FDP

einstimmig bei Enthaltungen zugestimmt

**16 Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt
00.05.01 (Rechtsberatung)
Vorlage: VIII/0956**

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Leistungen im Produkt 00.05.01 (Rechtsberatung) in Höhe von 70.000,00 EUR zu. Zur Deckung werden Mehrerträge und Mehreinzahlungen bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von 70.000,00 EUR im Produkt 90.00 (Allgemeine Finanzwirtschaft) herangezogen.

einstimmig zugestimmt

17 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung 2012 Vorlage: VIII/0946/1

Der Bürgermeister weist auf die Änderungsliste zum Teilfinanzplan B hin, die aufgrund der Beschlusslage aus dem Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten erforderlich wurde.

Beschluss

1. Der Verwaltungsentwurf der 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 30.04.2012 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er
 - a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
 - b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
 - c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltungbeschlossen hat, angenommen.
2. Die 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 30.04.2012 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage beigefügte Nachtragssatzung 2012 wird Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

18 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 06.06.2012 "Entleihung der Ausstellung 'Klimawerkstatt - Umweltexperimente für Zukunftsforscher'" Vorlage: VIII/0964

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erläutert ausführlich den Antrag.

Anschließend führt der Bürgermeister aus, dass die Ausstellung von der Verwaltung grundsätzlich als sehr positiv angesehen werde. Es sprächen allerdings organisatorische und auch inhaltliche Gründe gegen die Entleihung der Ausstellung zur Präsentation in Monheim. So könnte die Ausstellung nur für längstens 6 Wochen in der Volkshochschule präsentiert werden. Wobei die Frage nach einer Aufsicht und die damit einhergehenden Kosten noch nicht geklärt seien. Unter Hin-

weis auf den frühestmöglichen Ausleihzeitpunkt im Frühjahr 2014 schlägt der Bürgermeister vor, dass man doch eher durch Aktivitäten, Veranstaltungen und Thementagen im Rahmen des Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Monheim am Rhein sich mit dem Thema Klimaschutz beschäftigen und beteiligen könne. Mit dem Programm des Integrierten Klimaschutzkonzeptes solle bereits in diesem Jahr nach der Sommerpause begonnen werden.

Anschließend entwickelt sich eine kontrovers geführte Diskussion über das Für und Wider hinsichtlich der beantragten Ausleihe der Ausstellung. Mehrheitlich wird der Antrag positiv bewertet.

Zu dem im Laufe der Diskussion gestellten Antrag eines Redners der PETO-Fraktion, den Antrag zunächst zu vertagen und nach Klärung noch offener Fragen im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr zu beraten und zu beschließen, erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion, dass Gründe für eine Vertagung nicht gesehen würden. Andere Fraktionen teilen diese Auffassung. Offene Fragen könnten bis zur Ausstellung im Jahr 2014 geklärt werden. Die Kosten von ungefähr 8.000 EUR seien nicht so hoch, dass man deswegen auf diese inhaltlich herausragende Ausstellung für Monheimer Schülerinnen und Schüler verzichten solle.

Bevor der Bürgermeister zur Abstimmung über den Antrag auf Vertagung und Weiterberatung im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr aufruft, erklärt er, dass er auf jeden Fall gegen den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen stimme werde. Er sei der Auffassung, dass die Mittel, die für die Präsentation der Ausstellung benötigt würden, besser für das Integrierte Klimaschutzkonzept angelegt werden sollten.

Abstimmung über den Antrag auf Vertagung zur Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr:

13 Ja-Stimmen:	12 PETO, 1 FDP
23 Nein-Stimmen:	11 CDU, 7 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Frau Friedrich
2 Enthaltungen:	1 Linke, 1 BM

mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausstellung „Klimawerkstatt – Umweltexperimente für Zukunftsforscher“ der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) zu entleihen und in hierfür geeigneten Räumlichkeiten den Monheimer Bürgerinnen und Bürgern zu präsentieren.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen:	11 CDU, 7 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Frau Friedrich, 1 Linke
1 Nein-Stimme:	BM
13 Enthaltungen:	12 PETO, 1 FDP

mehrheitlich angenommen

**19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Juni 2012- Erstellung eines Inklusionsplanes/Schaffung Koordinationsstelle Inklusion
Vorlage: VIII/0965**

Sowohl Frau Prondzinsky-Kohlmetz als auch Frau Dr. Schröder-Weber - beide FDP - entschuldigen sich für den weiteren Verlauf der Sitzung.

Ein Sprecher der antragstellenden Fraktion erläutert den Antrag und erklärt, dass man trotz der Ausführungen der Verwaltung im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten den Antrag aufrecht erhalten wolle.

Die Verwaltung weist in diesem Zusammenhang auf den Inklusionsplan der Landesregierung hin, der der Verwaltung seit heute vorläge. In diesem seien 100 Einzelmaßnahmen aufgelistet, deren konkrete Ausgestaltung durch die jeweiligen Ministerien noch fehle. Auch fehlten noch Aussagen zur Finanzierung der einzelnen Maßnahmen. Bezüglich der schulischen Inklusion sei die Entwicklung in den Städten Langenfeld und Monheim in gemeinsamer Zusammenarbeit mit dem Kreis Mettmann, in dem es insgesamt sechs Kompetenzzentren gäbe, sehr weit fortgeschritten. Die Verwaltung schlage deshalb vor, bevor zum jetzigen Zeitpunkt vorzeitige Schritte und Entwicklungen in Gang gesetzt würden, zunächst abzuwarten, wie die Rahmenbedingungen hinsichtlich des Gestaltungsspielraumes für die Kommunen/Schulträger durch den Landesinklusionsplan beschrieben würden. Ergänzend unterstreicht der Bürgermeister, dass ohne einen Landesinklusionsplan, der konkrete Rahmen- und Gestaltungsbedingungen vorgebe, eine Monheimer Lösung nicht möglich sei.

Herr Trost teilt mit, dass der Landesinklusionsplan den Fraktionen auf elektronischem Weg zur Information weitergeleitet werde.

Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von CDU, PETO und SPD erklären übereinstimmend, dass das Thema Inklusion auch für sie hohe Priorität genieße. Wegen der Ausführungen der Verwaltung und weil sich die Verwaltung bereits intensiv mit dem Thema befasse, werde man dem Antrag nicht zustimmen.

Mit dem Hinweis auf die inhaltliche Zustimmung der anderen Fraktionen schlägt ein Sprecher der antragstellenden Fraktion vor, diesen Antrag bis nach der Sommerpause zurückzustellen, bis neuere Erkenntnisse zum Landesinklusionsplan vorlägen. Dazu melden Sprecher von der CDU- und der SPD-Fraktion an, das Thema zunächst zwingend in den Fachausschüssen (BKS und AÖSA) vorzubereiten. Dagegen ergeben sich keine Widerreden.

Der Bürgermeister wirbt abschließend dafür, den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu vertagen. Er schlägt vor, dass die Verwaltung sowohl für die Sitzungen des Ausschusses für öffentliche und soziale Angelegenheiten als auch für den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport jeweils einen festen Tagesordnungspunkt „Inklusion“ für die Tagesordnung aufnehmen werde, zu dem die Ver-

waltung kontinuierlich über die Entwicklung zum Landesinklusionsplan berichtet. Damit solle der Prozess aktiv begleitet werden. Entscheidungen über städtische Maßnahmen zu diesem Thema seien von der Landesentwicklung abhängig und sollten noch zurückgestellt werden. Mit dem vorgeschlagenen Verfahren würde auch die Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema Inklusion im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten im März dieses Jahres mitbehandelt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sowohl für den Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten als auch für den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport jeweils Tagesordnungspunkte vorzubereiten, in denen zum Thema "Inklusion" und zum Landesinklusionsplan informiert wird. Der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird vertagt. Die Anfrage der CDU-Fraktion von März 2012 im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten zur Inklusion wird ebenfalls zurückgestellt.

einstimmig zugestimmt

**20 Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Kostenlose Nutzung der Bibliothek für Kinder und Jugendliche
Vorlage: VIII/0967**

Die Sprecherin der antragstellenden Fraktion erläutert den Antrag. Sie erklärt, dass der zunächst im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport gestellte Antrag dort zurückgezogen wurde, weil er aus formalen Gründen im Rat zu stellen gewesen sei. Mit dem Antrag sei keine Kritik an der Arbeit der Bibliothek verbunden. Auch sei nicht geplant, die vorhandene Tarifstruktur zu zerschlagen, sondern es solle ein weiteres Element in die Tarifstruktur eingefügt werden. Kindern solle die Möglichkeit eingeräumt werden, einen kostenlosen Nuterausweis zu erhalten. Damit stünde Familien eine größere Wahlfreiheit in Bezug auf die Nutzung der Bibliothek offen.

Sprecher der Fraktionen von SPD, PETO und CDU sprechen sich gegen den Antrag aus. Sie nehmen dabei Bezug auf die Ausführungen in der Verwaltungsvorlage, wonach die Kosten für einen Familienausweis pro Jahr mit 12,50 EUR sehr niedrig angesetzt seien. Um dem Antrag zu entsprechen, sei ein Tarifsystemwechsel erforderlich, der einen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand nach sich ziehen würde. Bei dem derzeit vorliegenden Tarif, der sogar noch Ermäßigungen zulasse, sei im Prinzip eine kostenlose Ausleihe gegeben.

Bevor der Bürgermeister den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur Abstimmung stellt, gibt er den Hinweis auf eine notwendige redaktionelle Änderung des Beschlussvorschlages. Richtig müsse es heißen: „Der Rat der Stadt Monheim am Rhein weist **die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung** der Bibliothek“. Die antragstellende Fraktion stimmt dieser Korrektur des Beschlussvorschlages zu.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein weist die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Bibliothek an, die Entgeltordnung der Stadtbibliothek dahingehend zu ändern, dass für Kinder und Jugendliche die Mitgliedschaft kostenlos ist.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen: Bündnis90/Die Grünen
33 Nein-Stimmen: 12 PETO, 11 CDU, 7 SPD, 1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM

mehrheitlich abgelehnt

21 Mündliche Mitteilungen

21.1 Beantwortung einer Anfrage aus dem Haupt- und Finanzausschuss in Bezug auf die Online-Bürgerbeteiligung

Unter Bezugnahme auf die Anfrage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses teilt die Verwaltung mit, dass die Nutzerregistrierung für die Online-Bürgerbeteiligung aus dem vergangenen Jahr für die künftige Onlinebeteiligung weiter genutzt werden könne. Das gleiche gelte ebenfalls für den Mängelmelder.

21.2 Mitteilung zum Antrag der CDU-Fraktion zur Müllproblematik am Rheinufer in Monheim

Die Verwaltung nimmt Stellung zu dem Antrag der CDU-Fraktion vom 27.06.2012, der vor der Sitzung an die Plätze verteilt wurde.

Zu Punkt 1 „Aufstellen von Hinweisschildern bezüglich des Verhaltens in einem Landschaftsschutzgebiet an den Hauptzugangswegen“ und Punkt 2 „Klärung hinsichtlich der Finanzierung der Schilder“ teilt die Verwaltung mit, dass das Aufstellen von Informationstafeln als probates Mittel zur Information der Besucherinnen und Besucher angesehen wird. Die Aufstellung von Schildern, die in Bezug auf die Verhaltensweise zwischen Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiet unterscheiden sollen, solle in nächster Zeit erfolgen. Vorab müsse noch geprüft werden, an welchen Standorten die differenzierten Schildertafeln aufgestellt werden sollen. Nach Abschluss der Prüfung, in welchem Umfang und an welchen Standorten Schilder notwendig werden, könne geklärt werden, ob eine Finanzierung aus den Mitteln des Projektes „Auenblicke“ möglich werde.

Bezüglich der Standorte von Abfallbehältern weist die Verwaltung daraufhin, dass diese nicht an solchen aufgestellt werden dürften, an denen das Verlassen von Wegen verboten sei.

Zu Punkt 3 „Überprüfung der Einhaltung der vorgeschriebenen Verhaltensregeln

im Landschaftsschutzgebiet“ erklärt die Verwaltung, dass eine Ordnungspartner-schaft zwischen dem kommunalen Ordnungsdienst, der Polizei und dem Jugend-amt aktiviert werden solle. Besonders durch vermehrte Kontrollen an Wochenen-den sollen die aufgezeigten Verstöße verhindert werden.

Abschließend erklärt der Bürgermeister, dass die Verwaltung im Sinne des vorlie-genden Antrags tätig werde.

22 Mündliche Anfragen

22.1 Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - zu Presseartikeln in Bezug auf die Hochschule für Unternehmensführung (HFU)

Herr Gronauer bezieht sich auf Pressemeldungen, wonach der Hochschule für Un-ternehmensmanagement (HfU) durch das Wissenschaftsministerium die Anerken-nung als staatliche Fachhochschule versagt worden sei und die Geschäftsführung der HfU jetzt auch in dem daraufhin angestregten Verwaltungsgerichtsverfahren unterlegen sei. Er fragt nach, welche Auswirkungen diese Situation für die Studie-renden nach sich zögen, insbesondere im Hinblick auf die Anerkennung der Stu-dienabschlüsse.

Dass der HfU die staatliche Anerkennung fehle, sei seit längerer Zeit bekannt, antwortet der Bürgermeister. Für den Betrieb und die Anerkennung der Abschlüs-se sei dies jedoch unerheblich, weil die HfU in Kooperation mit der öffentlichen Fachhochschule Südwestfalen und staatlichen Berufskollegs ihre Studiengänge anbieten und durch diese die Abschlüsse vergeben würden. Dass die staatliche Anerkennung nicht vorliege, müsse den Studierenden bekannt sein.

22.2 Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Information für Anwohner der Straße Schellberg"

Herr Gronauer fragt an, wann die Anwohner der Straße Schellberg, die die Anre-gung bzw. Beschwerde nach § 24 GO auf Änderung des Winterdienstes einge-bracht hatten, über den Sachstand informiert würden. Entsprechend einer den Ratsfraktionen vorliegenden E-Mail der Petenten seien fehlende zeitnahe Informa-tionen durch die Verwaltung angemahnt worden.

Der Bürgermeister erklärt, dass die E-Mail der Anwohner heute beantwortet wor-den sei. Die Berichterstattung zum zugesagten Termin sei versehentlich nicht er-folgt. Er führt ergänzend aus, dass die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Erschließung der Liegenschaft über die Berghausener Straße durch eine Änderung des Bebauungsplanes geschaffen wurde. Die Planungen hinsichtlich der künftigen Verkehrsführung auf dem Betriebsgelände stellten sich als zeitintensiver heraus, als zunächst angenommen.

Die Verwaltung gehe nach dem letzten Stand der Verhandlungen davon aus, dass die Zuwegung bis spätestens Ende Oktober 2012 fertig gestellt werde. Unmittelbar nach der Fertigstellung und der Abnahme der neuen Zuwegung solle die Absper-

zung des Wohnweges „Schellberg“ für Kfz in Richtung Telekom-Liegenschaft vorgenommen werden.

22.3 Anfrage von Ratsfrau Friedrich - parteilos - "Verbleib der alten Uhr am Busbahnhof"

Frau Friedrich fragt nach, was mit der alten Busbahnhofuhr nach dem Umbau des Busbahnhofes passiert sei.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Uhr nach einer Instandsetzung durch Mitglieder des Heimatbundes in der Altstadt an der Turmstraße/Ecke Kapellenstraße wieder aufgestellt worden sei.

22.4 Anfrage von Ratsfrau Oberdieck - PETO - "Fehlende Straßenmarkierungen nach Fahrbahndeckensanierungen"

Frau Oberdieck fragt nach, wann damit zu rechnen sei, dass die noch fehlenden Straßenmarkierungen und Zebrastreifen wieder hergestellt werden würden. Sie weist auf die Situation an der Geschwister-Scholl-Straße hin, wo anstelle des Zebrastreifens eine Baustellenampel die Straßenüberquerung erleichtern soll. Die Ampel würde von vielen Fahrzeughaltern ignoriert.

Die Verwaltung teilt mit, dass nach den Deckensanierungen die Fahrbahnmarkierungen aus materialtechnischen Gründen nicht sofort wieder aufgebracht werden könnten. Die Verwaltung sagt zu, dass nach Einholung neuer Angebote - der bisherige Anbieter der Straßenmarkierungsarbeiten sei in Insolvenz gegangen - schnellstmöglich mit der Ausführung der Arbeiten begonnen werde.

Der Bürgermeister erklärt, dass die von Frau Oberdieck geschilderte Situation an der Geschwister-Scholl-Straße überprüft werde. Man wolle ggf. in Zusammenarbeit mit der Polizei dafür sorgen, dass die Lichtsignalanlage beachtet werde.

22.5 Anfrage von Ratsherrn Bosbach - CDU - " Planänderungsverfahren zur CO-Pipeline"

Herr Bosbach bezieht sich auf Presseinformationen zur CO-Pipeline des Bayer-Konzerns, wonach demnächst das von der Bezirksregierung geforderte Planänderungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden soll. Es sei vorgesehen, dass die Planänderung in den Städten, die von der Pipeline betroffen sind, öffentlich ausgelegt wird. Herr Bosbach fragt nach, ob von der Verwaltung die Möglichkeit gesehen werde, aus den sicherlich sehr umfangreichen Unterlagen für die interessierten Bürgerinnen und Bürger diese Unterlagen in komprimierter Form zur Verfügung zu stellen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass im Rahmen des Planänderungsverfahrens vor der Beteiligung der Öffentlichkeit zunächst die Träger öffentlicher Belange, so auch die Stadt Monheim am Rhein, beteiligt würden. Seitens der Stadt werde eine Stel-

lungnahme im Sinne des anhängigen Rechtsstreits abgegeben. Es sei nicht auszuschließen, dass dafür in der Sommerpause eine Sondersitzung des Rates einberufen werden müsse. Der Bürgermeister sagt zu, den Bürgerinnen und Bürgern im Beteiligungsverfahren Hilfestellung zu leisten. Denkbar sei eine Informationsveranstaltung, in der das Planänderungsverfahren erläutert werde und man die Fragen der Bürger beantworten könne. Er sagt eine rechtliche Überprüfung der Frage nach dem Umfang der zulässigen städtischen Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der Öffentlichkeitsbeteiligung zu.

22.6 Anfrage von Ratsherrn Kenzler - Linke - "Elektronische Fahrausweisleser bei den Bussen der Bahnen der Stadt Monheim"

Herr Kenzler fragt nach, warum in den Bussen der Bahnen der Stadt Monheim die elektronischen Fahrausweisleser, mit denen die Busse seit einiger Zeit ausgerüstet seien, nicht zum Einsatz kämen.

Der Bürgermeister sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung, bedankt sich bei den Zuhörern und wünscht allen einen guten Heimweg.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin